GSP.D-01-201

Kapitel 5: Demokratie stärken

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Daniel Freund (KV Aachen)

Änderungsantrag zu GSP.D-01

Von Zeile 200 bis 202:
In Mitgliedstaaten, in denen die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Medien nicht ausreichend gewährleistet sind, sollen entsprechende Mittel stattdessen ~~von der Europäischen Kommission direkt an Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen vergeben werden.~~gekürzt oder von der Europäischen Kommission direkt vergeben werden.

Begründung

nicht nur Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen, auch Bäuer*innen, Erasmus-Studierende, Forscher*innen und viele andere sollten EU-Geld weiter erhalten, wenn die EU gegen eine Regierung finanzielle Sanktionen wegen Attacken auf den Rechtsstaat verhängt. Sie alle zu erwähnen ist nicht sinnvoll, deshalb sollten wir keine Beispiele sondern nur das Prinzip nennen. Kürzungen können teils aber auch nötig werden, weil nicht alle EU-Mittel ohne nationale Behörden ausgezahlt werden können. Eine Umgehungsstraße wäre ohne Kooperation mit nationalen Behörden kaum sinnvoll zu planen.

weitere Antragsteller*innen

Rüdiger Brause (KV Main-Taunus); Gerhard Gebhard (KV Odenwald-Kraichgau); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Daniela Toscano (KV Böblingen); Harald Rech (KV Saarbrücken); Annette Thiergarten (KV Bad Kreuznach); Mathias Raudies (KV Oder-Spree); Alexander Tietz-Latza (KV Aachen); Stefan Brandes (KV Oder-Spree); Andreas Praetsch (Hannover RV); Helge Limburg (KV Nienburg); Kurt Reuter (KV Stormarn); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Christian Beck (KV Berlin-Mitte); Michaela Böll (KV Mannheim); Bernd Rohde (KV Stormarn); Christian Hajduk (KV Alb-Donau); Ortrud Petrick (KV Wangen-Allgäu); Sabine Kummer-Dörner (KV Ennepe-Ruhr); sowie 3 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.